

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verkaufsstellen in allen Orten des Erzgebirges. — Einzelne Exemplare zu 10 Pfennig. — Abonnementpreis 3 Mark jährlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verkaufsstellen in allen Orten des Erzgebirges. — Einzelne Exemplare zu 10 Pfennig. — Abonnementpreis 3 Mark jährlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 287

Mittwoch, den 11. Dezember 1929

24. Jahrgang

### Regierungserklärung erst am Donnerstag

Die Erklärung der Reichsregierung wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, erst am Donnerstag im Reichstag abgegeben, und zwar auf Wunsch der Parteiführer, die erst morgen um 11 Uhr von der Regierung orientiert werden können und Zeit zu haben wünschen, mit ihren Parteien zu verhandeln.

### Die Verleihung von Ehrentiteln verfassungswidrig

Im Verfassungsstreit wegen der bayerischen Titelverleihungen verurteilte der Staatsgerichtshof am Montag, abends um 9 Uhr, folgende Entscheidung:

„Die Verleihung von Titeln zur Auszeichnung einzelner beamteter oder nicht-beamteter Personen (Ehrentitel) ist mit Artikel 109 Absatz 4 der Reichsverfassung unvereinbar.“

Zur Begründung für die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in der Frage der bayerischen Titelverleihung führte der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, u. a. folgendes aus: Der Staatsgerichtshof hat erachtet, daß das Wort „verleihen“ von Titeln sowohl im engeren Sinne einer besonderen Verleihung gebraucht wird, wie auch in einem weiteren Sinne, nämlich in dem Sinne, daß die Verleihung einen integrierenden Bestandteil der Übertragung eines Amtes oder der Zulassung zu einem Berufe bildet. Für den Staatsgerichtshof kommt ferner in Betracht, daß es in Artikel 109 Absatz 4 heißt, Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen. Der Staatsgerichtshof kann sich nicht der Auffassung anschließen, daß dieses Erfordernis schon dann erfüllt sei, wenn der Wortsinn dieses Titels in irgendeiner Beziehung zu dem Amt oder zu dem Berufe steht, sei es durch seinen klaren Wortlaut, sei es durch historische Bindungen oder durch Prägung bestimmter Ausdrücke im Volksmund, wie Justizrat für Rechtsanwälte, Sanitätsrat für einen Arzt, sondern der Staatsgerichtshof ist der Meinung, daß hier mehr gefordert werden muß, und daß dieser Titel das Amt oder den Beruf ein für allemal zu bezeichnen hat.

### „Landfremde“ Ministerpräsidenten

Scherze auf der Länderkonferenz

Der preussische Vertreter in der Länderkonferenz, die sich mit der Reichsreform beschäftigte, Ministerialdirektor Brecht, erzählt in der „Vossischen Zeitung“, daß in einer der letzten Sitzungen der bayerische Ministerpräsident Peß den Preußen zugerufen habe, der so häufig angeführte Freiberger vom Stein sei gar kein Preuße gewesen. Darauf erwiderte ihm Brecht: „Ach Sie, Herr Ministerpräsident, sind kein Bayer, sondern Nassauer! Ich selbst bin Südbader. Der Bürgermeister von Süßed ist Westfälischer. Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin ist Lübecker. Der Staatspräsident von Hessen ist Bremer. Der Ministerpräsident von Sachsen ist Preuße!“ Darauf meldete sich der Thüringische Ministerpräsident mit der Bitte: „Ach, meine Herren, vergessen Sie doch bitte mich nicht, ich bin auch Preuße!“

Diese Anekdote ist ein nettes Beispiel für die Ueberholtheit der alten dynastischen Grenzen. Allerdings scheinen die Ansätze zu einer Reichsreform, die sich in der Länderkonferenz zu zeigen begannen, in der allgemeinen Debatte schon wieder zerbröckelt zu sein. Die Memorierung scheint auf unbestimmte Zeit vertagt zu sein.

### Die Lage in China

So widersprechend die aus China kommenden Nachrichten über das Schicksal der Kankingregierung und Tschiangkai-scheks auch sind, so ist aus der Betrachtung der militärischen und strategischen Situation mit ziemlicher Sicherheit zu entnehmen, daß das Schicksal der Kankingregierung besiegelt ist. Es stehen Tschiangkai-schek und der Kankingregierung gegenüber: Die Gruppe der sogenannten „Reorganisationsisten“ vom linken Flügel der Kuomintang unter Führung von Wangtschingwei und Tschangkungpo; Fenghuhsiang, der sogenannte christliche General, der seit Tschiangkai-scheks Präsidentenschaft fast ununterbrochen gegen Kanking intrigiert und trotzdem mit Erfolg die Demobilisierung seines starken und disziplinierten Heeres zu hinterziehen gewußt hat, auf dessen Seite ferner noch der als sehr tüchtig geltende „Musterregiment“ der Provinz Schansi, General Dengschjan steht; ferner die beiden Kuangsi-Gruppen des Südens, die im Sommer bereits von Tschiangkai-schek geschlagen, aber nicht aufgelöst wurden; und endlich der Sohn Tschiangkai-scheks, der gegenwärtige Diktator der Mandschurei Tschanghschaling, der bekanntlich auf eigene Faust mit den Russen Friedensverhandlungen angeknüpft hat und von jeder nur in einem sehr bedingten Abhängigkeitsverhältnis von der Kankingregierung gestanden hat. Dazu kommt, daß zahlreiche der vorläufig noch auf Kankings Seiten stehenden Generale nun von der Kankingregierung gekauft sind, sich also im Ernstfall kaum als loyal erweisen würden.

### Weil das Rückreisefisum fehlte

Prälat Kaller von der polnischen Pöskontrolle vorübergehend festgenommen

Wie die Danziger Landeszeitung meldet, ist der Apostolische Administrator der Grenzmark, Prälat Kaller, bei seiner Rückreise vom Katholikentag in Danzig von der polnischen Pöskontrolle wegen Fehlens des Rückreisefisums in Dirschau Sonntag Nacht festgehalten und verhaftet worden. Prälat Kaller wurde — wie das Blatt weiter meldet — in einem völlig unzulänglichen Raum die ganze Nacht bewacht und durfte erst am nächsten Morgen unter polizeilicher Bedeckung nach Danzig zurückkehren. Die Danziger Landeszeitung gibt ihrer Entrüstung über die unwürdige Behandlung eines prominenten Vertreters der katholischen Kirche lebhaften Ausdruck und sieht in dem Vorkommnis erneut den Beweis der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände im polnischen Korridor.

### Wie soll das Tabakmonopol ausleben?

Allmählich rückt man dem unbekanntem Termin näher, der das geheimnisvolle Dunkel der Steuer- und Finanzreform entschleiern soll. Inzwischen werden auch die Konturen der Vorschläge immer deutlicher. Man weiß eigentlich schon alles. Es scheint, als ob das Tabakmonopol in keiner Weise vermieden werden kann, zumal es auch schon keineswegs keine freie Wirtschaft mehr, namentlich auf dem Gebiet der Zigarettenfabrikation gibt, die zu vier Fünfteln von Keemisma und Neuerburg beherrscht wird. Ob Fehler oder Verschulden auf dem Wege bis zu diesem Status vorgelegen haben, kann die Wirtschaftsgeschichte interessieren, nicht aber den Zeitgenossen, der zur Neuregelung Stellung nehmen will. Bei allen Neureformungen auf steuerlichem Gebiet sollte soviel wie möglich darauf gesehen werden, daß der jetzige Steuerapparat, am besten noch ein verkleinertes Steuerapparat, mühelos die neuen Steuern oder Regie-Einnahmen oder was es sonst sein mag, erfaßt. Das reiche Amerika zeigt uns in seiner Einkommensteuer, die bei ganz wenigen Großhändlern und Importeuren erfaßt wird, ein nachahmenswertes Beispiel einer billigen und nahezu vollständigen Erfassung. Die Lage in der deutschen Tabakwirtschaft ist nicht ungünstig in dieser Beziehung. Zusammenfassung der Zigarettenproduktion bei zwei Konzernen — und die Zigarettenproduktion wird in der Hauptsache zur Mehrbeststeuerung herangezogen werden — erleichtert die Steuerkontrolle. Wie aber nun bekannt wird, will man statt eines derartigen optimalen, nämlich billigsten Kontroll-Monopols noch viel weiter gehen, man will auch den Vertrieb umgestalten. Es wird dabei mit Zahlen operiert, die aus dem Reich der Phantasie genommen sind, es wird von Tausenden jährlichen Konkursen im Tabakhandel gesprochen, die Konkurse im gesamten Handel erreichen überhaupt 3000. Anstelle der 600 000 Personen, die jetzt in Deutschland Tabakwaren verkaufen, sollen nur 100 000 Personen die Konzession zum Tabakvertrieb erhalten. Es sei die kleine Frage gestattet, was denn diese 500 000 Personen dann tun sollen? Doch nur ein kleinerer Teil von ihnen hat den Tabakvertrieb als Nebenerwerb. Es ist ein grundsätzlicher Fehler, mit theoretischen Zahlen, auf 2000 Einwohner eine Verkaufsstelle, heranzuwirtschaften, auf das Beispiel Österreichs zu verweisen: die österreichische Regie stammt bereits aus der Vorkriegszeit, sie ist langsam gemacht, nicht mit einem Auf auf vollkommen anders geartete Verhältnisse aufsummandiert worden. Im übrigen eignen sich derartige Pläne zur Verwirklichung, zur härtesten Verwirklichung erwiesener Massen nahezu nur in Zeiten aufsteigender Konjunktur. Alle Beschränkungen machen sich dann nicht so sichtbar. Nach dem heutigen Stand aber wird bei derlei katastrophalen Fehlgriffen ein Kleinstapparat notwendig werden, um nur die Unmenge der eingehenden Entschädigungsanträge zu behandeln und zu beantworten. Das einzige Ziel ist: die Reichsfinanzen zu sanieren und nicht gefährliche Experimente auf Kosten der Gesamtheit einzuleiten, die von dem wirklichen demokratischen Gedanken Himmelweit entfernt sind.

### Aufhebung einer Koifrontkämpfertagung

Der amtliche Polizeibericht aus Halle meldet: Der ehemalige Gau Merseburg-Halle des aufgelösten Koifrontkämpferbundes hielt vorgestern in Halle eine geheime Führertagung ab, die von der Polizei aufgehoben wurde. 58 Personen wurden festgenommen. Umfangreiches Material konnte beschlagnahmt werden. Die Polizei ist im einzelnen damit beschäftigt, die Festgenommenen zu vernehmen und das vorgefundene Material zu sichten. Bis jetzt sind neun Ortsgruppen des illegalen Koifrontkämpferbundes im Bezirk Halle-Merseburg festgestellt worden.

### Eine Abordnung der ehemaligen ungarischen Madsen-Husaren bei Madsen

Major Nikolaus von Rozma, Direktor des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbüros, hat gestern vormittag, als gewesener Offizier des ungarischen Husarenregiments Nr. 10 — genannt Madsen-Husaren — mit seinen zwei gewesenen Regimentskameraden, dem Major von Szabó und dem Hauptmann von Gsely zusammen, den jubelnden Generalfeldmarschall von Madsen, als Regimentsinhaber des genannten Regiments zu seinem 80. Geburtstag beglückwünscht und ihm die Statue eines Husaren in der Uniform des 18. Jahrhunderts — ein Werk des ungarischen Bildhauers Sigismund Kisfaludy-Strobl — als Geschenk des Regiments überreicht.

### Weitere Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei

Die deutschnationalen Vertreter aus der christlich-nationalen Gewerkschafts- und evangelischen Arbeitervereinsbewegung Baltrusch, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Rudolph, Thranert, Blum, Adolph veröffentlichten folgende Erklärung:

„Die katastrophale Entwicklung, die die Deutschnationale Volkspartei unter der Führung ihres derzeitigen Vorsitzenden Geheimrat Hugenberg genommen hat, insbesondere das Vorgehen gegenüber unseren Freunden Hartwig, Lambach und Hüller veranlaßt auch uns, das Band zwischen uns und der Partei zu durchschneiden. Es erscheint uns für Christen und sozial denkende Menschen unbillig, dieser Partei noch länger Gefolgschaft zu leisten. Wir haben uns ehrlich um die Durchsetzung einer Volksgemeinschaft in und durch die Partei bemüht, es war umsonst. Nun ist die Bahn frei für eine deutsche christliche und soziale Bewegung aus den breiten Schichten des Volkes heraus.“

### Das „Musterlände“ Rumänien

Ein höchst interessantes und zu den zahllosen Korruptionsaffären der letzten Jahre durchaus passendes Bild entwirft ein Mitarbeiter des „Evenska Dagbladet“ über Rumänien. „Wenn man — so schreibt er — in Rußland allzu wenig Lebensfrohsinn findet, so muß man in Rumänien die Entdeckung machen, daß es in diesem Lande allzu wenig Ernst gibt. Das Stadtleben wird durch Geschnadlosigkeit und Leichtsinn gekennzeichnet. Hier erzählt der Journalist widerliche Details über die von den Hotelbediensteten vermittelten Damenbekanntschaften, die auf die Rechnung gestellt werden, von denen aber an dieser Stelle nichts Näheres mitgeteilt werden soll. Bei Absendung seiner Post und seiner Telegramme, fährt der Schwede fort, ist man der Willkür der Angestellten ausgeliefert. Als ich der Dame am Postschalter einen biden Brief zur Frankierung nach Schweden übergab, forderte sie, daß der Brief eingeschrieben werde, einfach mit der Motivierung, daß der Brief zu schwer sei. Mein Protestieren war vergebens, aber fast ebenso schwer war es, zu verhindern, daß ein anderer Postbeamter die Briefmarken nicht direkt auf den Namen des Adressaten klebe. Alles kam uns so eigentümlich und irrational vor in diesem Lande. Als wir den Aufzug im Hotel benutzten, blieb derselbe mitten zwischen zwei Stockwerken stehen und wir mußten aus halbdreierlicher Höhe abspringen. Als wir ein Bad nehmen wollten, gab es kein warmes Wasser. Was die Presse anbelangt, so ist man den Leuten vollständig ausgeliefert. Wir besuchten das Kasino in Constanza, und da dasselbe der Stadt gehört, dachten wir, mit normalen Preisen auszukommen. Als es aber zum Zahlen kam, mußten wir für eine Flasche inländischen Weins bei 20 schwedische Kronen bezahlen, für eine Flasche Mineralwasser 2,50 Kronen und für Aufbewahrung der Garderobe eine Summe, für die man sicher einen neuen Hut hätte kaufen können. Ich konnte mich auch nicht zurückhalten, dem Garderobier bei dieser Gelegenheit die Worte zuzurufen: „Nicht so, auch im Rauben soll man konsequent sein!“ Diese kleinen ärgerlichen Erfahrungen geben, so schließt der Bericht, vielleicht ein falsches Bild der allgemeinen Verhältnisse im Lande. Bei einem kurzen Aufenthalt aber kommt man zumeist mit solchen Beuten in Berührung, wie hier geschildert wurde, und reißt mit denen solcherart gewonnenen Erinnerungen weiter. Es gibt sicherlich viele weitere Seiten in diesem Lande, das ja das große Glück genossen hat, nicht im, aber wohl am Kriege zu gewinnen. Man erzählte mir, daß die Garnison von Buzarest fleißig Tage gebrannt hat, bis sie an der Front aufmarschierte.“